

Die Sanitätswarthe

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Bett-, Pflege- u. Bade-Institutionen, Massage- u. Wasserball-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.
Beilage zur "Gewerkschaft", Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Publikations-Organ des Arbeiter-Samariterbundes.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Winterschtr. 24. — Fernsprecher: Amt VI, 8488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 15. April 1910.

Erscheint alle 14 Tage, Freitag.
Bezugspreis inkl. "Die Gewerkschaft" vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— R.R.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Inhalt:
Der Krankenpfleger und die Gesellschaft. — Der Wendepunkt. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Aus der Praxis. — Filiale Berlin. Angestellte der Privat-Badeanstalten. Arbeitersamariterbund.

Der Krankenpfleger und die Gesellschaft.

Kulturarbeit im wahren Sinne des Wortes ist die Krankenpflege. An ihrer Organisation wird sich das Verantwortungsgefühl des Sozates seinen kranken Gliedern gegenüber zeigen, wird sich zeigen, inwieweit die stärkeren bereit sind, den schwächeren Mitmenschen bedingungslos zu helfen; kurz, wird sich die Höhe oder noch viel mehr die Tiefe der Kultur zeigen. Bedingungslos muß die Krankenpflege ausgeübt werden, es darf nicht vorkommen — wie leider heute noch — daß man Todtrunk, bei denen nur schnelles Eingreifen helfen kann, zurückweist, weil nicht alle burokratischen Anstangen innegehalten, oder weil der Kranke, dessen Leben an einem Faden hängt, anderer Religion ist, als die die Pflege Ausübenden.

Wie gesagt, solange die Krankenpflege mit derartigen Einschränkungen ausgeübt wird, steht sie noch nicht auf der vollen Höhe. Aber nicht nur die Organisation, auch die Ausübung der Krankenpflege muß ohne Verpflichtung seitens des Kranken geschehen. Denn jeder Mensch, der erkrankt ist, hat das Recht, von der menschlichen Gesellschaft zu verlangen, daß man zu seiner Gesundung alles anwendet, sei er arm oder reich, in beiden Fällen ist's ein Menschenleben, das auf dem Spiel steht.

So betrachtet, ist der Krankenpflegeberuf einer der idealsten, ist er ein Beruf, mit dessen bedingungsloser Ausübung man beweisen kann, daß es einem ernst ist mit der Verwirklichung der Forderung, der Starke sollte dem Schwachen helfen. Zu der Ausübung dieses hohen Berufes gehört nun vor allen Dingen ein berufstreuender Stand von Pflegepersonal. Es gehört vor allen Dingen ein Personal dazu, das seinen Stand achtet und ehrt, und zu dessen Erhaltung alles beiträgt, was in seiner Macht liegt.

Wenn wir Krankenpfleger durch unsere Organisation die Forderung nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Sicherstellung an die menschliche Gesellschaft erheben, so ist dies eine Kulturforderung. Und die Verwirklichung dieser Kulturaufgabe sollte um so eher geschehen, als die menschliche Gesellschaft dadurch nicht nur den Krankenpflegern ihre berechtigten Forderungen erfüllt und dadurch dieselben berufstreuender macht, sondern auch die Menschheit hat, seine kranken Glieder in guten Händen zu wissen.

Wenn wir auf der einen Seite fordern, so wissen wir ganz genau und sind es uns jederzeit bewußt, daß wir auch Pflichten haben. Pflichten, die einmal in der strengsten Pflichterfüllung unseres Berufes bestehen, Pflichten infosofern, als wir das Wohl der Kranken vor alles andere stellen und endlich Pflichten, die wir außerhalb unseres Berufes als Krankenpfleger der menschlichen Gesellschaft schuldig sind. Diese leichten Pflichten sammeln sich in der Hauptpflicht, daß wir Apostel der Gesundheitspflege werden. Alles, was wir tun, sei es zum Vergnügen, sei es zur Belohnung oder Erholung, muß

unter der Richtschnur und dem Bewußtsein geschehen, daß wir in exakter Linie die Verkörperung der angewandten Gesundheitspflege werden. Haben wir doch täglich am Krankenbett Gelegenheit, Erfahrungen und Lehren zu sammeln. Mit der Pflege am Krankenbett hört unsere Mission als Kulturarbeiter keineswegs auf, sondern die Gesellschaft verlangt noch darüber hinaus eine mustergültige Lebensweise von uns. Und das ist ihr gutes Recht!

Wie schon jedes einzelne Individuum sich keineswegs die Lebensphilosophie zu eigen machen darf: Wie ich lebe und was ich tue, ist meine eigene Sache, das geht niemand etwas an; so ist noch viel höherem Maße der Krankenpfleger, nicht sowohl als einzelner wie als Stand.

Mit den Aeraten sind wir Krankenpfleger die ersten, an die die menschliche Gesellschaft die Forderung stellt, der jüngsten Menschheit ein "Halt!" zugurufen, ihr den Weg zurück zur Wiedergeburt in gesundheitlicher Beziehung zu weisen. Da wirkt ja bekanntlich das persönliche Beispiel am besten. Wir müssen vorbeugend wirken. Wenn wir auch nur in engen Grenzen mit der breitesten Lessenlichkeit in Verbindung kommen, so ist uns doch auch selbst dort noch Gelegenheit geboten, vorbildlich zu wirken. Schon allein durch unser Beispiel. Wir müssen uns klar machen, daß die menschliche Gesellschaft unsere persönliche Lebensführung ganz besonders betrachtet, und sich vielleicht danach richtet. Unbewußt. Wie ja überhaupt so manche Gewohnheiten durch mechanisches Nachahmen von Geschlecht zu Geschlecht fortgebracht werden. Wir wollen einmal annehmen, alle in der Krankenpflege beschäftigten Personen würden abstinenter leben. Was für einen Eindruck würde das auf die ganze menschliche Gesellschaft machen! Schon durch die bloße Tatsache würde unendlich viel gewonnen sein. Und nun das Gegenteil: Ein Alkoholiker ist auf dem Wege der Besserung. Er sieht, wie der Pfleger vielleicht seine Alasche Bier täglich trinkt und wenn er's nicht sieht, so hört er wohl darüber sprechen. Oder er bekommt selbst Bier. Ist das nicht eine gefährliche Sache; ist das nicht ein Spiel mit Feuer?

Wir sehen also, daß wir die Aufgabe haben, durch unser persönliches Beispiel auf unseren Wirkungskreis eingewirken, um dadurch ungesunde Angewohnheiten, unbewußtes Verwüsten der Gesundheit zu bekämpfen.

Doch wir als einzelne nicht imstande sind, soziale Ursachen der Krankheiten zu beseitigen, ist wohl selbstverständlich, doch wir aber gegen Krankheitsursachen, soweit sie in lieb gewordenen Gewohnheiten, gedankenlosem Nachahmen wurzeln, durch unser persönliches Beispiel erfolgreich angehen können, ist auch eine Selbstverständlichkeit. Denn was soll man zu einem Krankenpfleger sagen, der in seiner persönlichen Lebensführung alle Gesetze der Hygiene außer Acht läßt? Er hat zum mindesten noch nicht seine vorbildliche, vorbeugende Aufgabe innerhalb der menschlichen Gesellschaft begriffen.

Indem der Krankenpfleger seine Pflicht außerhalb seines Berufes als Gesundheitsapostel erfüllt, kann er weitergehen zu der anderen Aufgabe, die seiner hat: ein Apostel des Verantwortungsgefühls und des Pflichtbewußtseins. Er sieht so oft den Menschen im Todeskampfe; er sieht so oft, wie der Tod alle Unterschiede ausgleicht. Da lernt er denn erkennen, wie oft die menschliche Gesellschaft im Kampf ums Dasein den schwächeren Teil rücksichtslos zugrunde richtet und vorzeitig dem Siechtum

und dem Tode anheimgibt. Wie oft hat er nicht einem jungen Manne die Augen zudrücken müssen, der in der schönsten Blüte des Lebens stand, aber ein Opfer seines Berufes ward. Wie oft hat die Krankenpflegerin Gelegenheit zu beobachten, wie die Frauen der Arbeiter in gesegnetem Zustande bis kurz vor der Geburt arbeiteten, weil sie mußten, und daß dies die Ursache dauernden Sichtums ward!

Apostel des Verantwortungsgefühls und des Pflichtbewußtseins sollen die Krankenpfleger sein. Sie sollen der menschlichen Gesellschaft zeigen, daß man nicht nur die Krankheiten bekämpft, indem man sie heilt, sondern viel mehr noch, indem man sie verhindert. Rücksichtslos muß er der Gesellschaft ihre Unterlassungsfürden in dieser Hinsicht vorhalten, muß ihr Verantwortungsgefühl und ihr Pflichtbewußtsein nicht schlafen lassen. Auch das ist eine Sache, die er nicht mit sich allein abmachen kann, sondern um die ihn einig der jetzt schwächere Teil der Menschheit später einmal zur Verantwortung ziehen wird: „Sieh, Du hast alles gewußt. Dir hat Dein Beruf besonders kraffe Beispiele vor Augen geführt und doch hast Du geschwiegen. Hast nicht Deinen Teil dazu beigetragen, daß es besser werde!“

Wir Krankenpfleger müssen zum Ankläger des jetzigen rücksichtslosen Teils der menschlichen Gesellschaft werden, die ihren schwächeren Teil durch eine unvernünftige Ausbeutungspolitik der Krankheit einem frühzeitigen Tode in die Arme treibt.

Wenn wir Krankenpfleger diese beiden Pflichten, die die menschliche Gesellschaft gerade unseres Berufes wegen an uns stellt, erfüllen, so haben wir uns die Bahn frei gemacht, um unsere Forderungen nach wirtschaftlicher Freiheit und Sicherheit mit allem Nachdruck erheben zu können. Wir sind ein Stand geworden, der innerhalb seines Berufs durch die hingebende Pflichterfüllung aufopfernde Tätigkeit zum Wohl der Kranken einerseits, und durch eine vorbildliche persönliche Lebensführung und soziale Einsicht der menschlichen Gesellschaft gegenüber andererseits seine hohe, ideale Kulturmision zeigt. Indem wir Krankenpfleger alle unsere Pflichten erfüllen, wollen wir auch keine unserer Forderungen zurückweisen lassen.

— id —

Der „Wendepunkt“.

„Die Badeanstalt“ bringt in ihrer Nr. 3 einen Bericht über eine Sitzung des Vereins der Berliner Badeanstaltbesitzer, worin wir folgendes lesen:

„Einen Wendepunkt nennt Herr Gahl das verflossene Jahr in bezug auf das Verhältnis zu den Arbeitnehmern. Das vertrauliche Zusammenarbeiten sei vollständig gewichen und an Stelle dessen ein Kampf der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber getreten. Wenn er auch in diesem Jahre noch nicht öffentlich in Aktion trete, so sei er nur ausgeschoben. Ein äußerliches Zeichen dieser Kampfesstimmung sei schon das Einschlafen der Schlichtungskommission, da die gegen seitigen Reimungsverschiedenheiten nur noch vor der Beschwerdekommission verhandelt worden seien. Hoffentlich wird dieses Vor gehen den schlafenden Teil der Arbeitgeber auf und mahnt die Freidenker zu einem engeren Zusammenschluß, nur dann könnten die Kollegen vertrauensvoll in die Zukunft blicken.“

Herr Gahl hat recht! Der so bitter notwendige Wendepunkt ist eingetreten mit der Verschmelzung der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der Filiale Osth-Berlin. Wenn daraus nun gefolgt wird, „auch in bezug auf das Verhältnis zu den Arbeitgebern“, so stimmt dies auch. Wenn ferner daraus gefolgt wird, daß das vertrauliche Zusammenarbeiten vollständig gewichen sei und an Stelle dessen ein Kampf der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber getreten sei, so fragt sich nur: Wer hat diesen vermeintlichen Kampf (von dem wir augenblicklich noch nichts wissen) heraubeschworen? — Die Arbeitnehmer doch sicher nicht, denn diese haben sich bisher nur ihrer Haut gewehrt. Oder meinen die Herren Arbeitgeber vielleicht, daß sich die Arbeitnehmer die ihnen garantierten Rechte einfach wieder nehmen ließen, ohne sich zur Wehr zu setzen? Rein, meine Herren Arbeitgeber, die Angestellten sind heute mündig und stehen ihren Mann.

Will man also von einem Kampf sprechen, so ist uns dieser von den Besitzern aufgestellt worden. Dies sollten sich die Herren eigentlich selbst sagen. Denn wo ist es heute üblich, daß sich ein Besitzer Arbeiter hält und will sie nicht bezahlen? Ja, man geht noch weiter. Man achtet nicht einmal die tariflich festgelegten Verträge, zum Teil auch nicht die Ausführungsbestimmungen, welche die Zentralkommission mit den Badeanstaltbesitzern getroffen hat. Die Schlichtungskommission hatte sich bisher ausnahmslos mit Verträgen der Arbeit-

geber gegen die bestehenden Abmachungen zu beschäftigen; waren Angestellte mit verwidelt, so ist es auf Veranlassung der Arbeitgeber geschehen! Oft genug ist dies in den Sitzungen festgestellt worden, es erübrigts sich, alle Fälle einzeln anzuführen.

Wie haben sich nun häufig die Arbeitgebervertreter in dem Deuteln und Drehen der zur Verhandlung stehenden Fälle benommen? Selbst da noch, wo es kein Deuteln und Drehen gab? Und wie benahmen sich die beschuldigten Anstaltbesitzer? Meine Herren Arbeitgeber, es sei heute nur daran erinnert; denn auf die Dauer kann sich auch der zahme Mensch eine solche Art und Weise, wie sie von Ihnen geübt wurde, nicht gefallen lassen. Wir haben, trotzdem wir überzeugt waren, daß einzelne Arbeitgebervertreter nicht objektiv waren, die Schlichtungskommission nicht gemieden, sondern wir waren jaets diejenigen, welche die Sünder vor das Forum forderten, und dank der „Freidenker“ kamen wir zu einem Resultat. Daher wünschen wir im Interesse des Rechts, daß aus einem eventuellen Kampfe eine große Anzahl „Freidenker“ hervorgehen möge, und mit Hilfe dieser Herren hoffen wir, dann den „Rüktern“ die ihnen gebührende Zurechtweisung zuteil werden zu lassen.

Ein besonders kraffer Fall soll hier indessen doch angeführt werden: In allerleitster Zeit beschäftigte sich die Schlichtungskommission damit. Es handelte sich um Ausbesserung von Wäsche, welches die Frau eines Besitzers von einer Angestellten verlangt hatte. Obwohl der Besitzer erklärte, von seinen Angestellten nie wieder derartige Arbeiten zu verlangen und daß seine Frau nicht zu bestimmen habe, denn er sei Herr usw., verlangte die Frau desselben Herrn nicht die Ausbesserung weiterhin, aber sie erklärte der Nachfolgerin folgendes: „Sie brauchen es nicht, aber ich sehe es gern.“ Also so achtet man Beschlüsse der Schlichtungskommission. Dies ist lange nicht der einzige Fall, es könnten deren viele ausgezählt werden. Wenn man aber sagt, ein Zeichen sei das Einschlafen der Schlichtungskommission, so sollten die Herren doch die ihnen bekannten Sünder zu laden beantragen. Wir stehen, wie es unsere Pflicht ist, zu Diensten. Bisler haben die Arbeitgeber, wohl so unter sich, diesen und jenen beschuldigt, aber zur Verantwortung haben sie noch keinen gezogen. Geradezu als komisch muß es auch bezeichnet werden, daß die Meinungsverschiedenheiten in letzter Zeit nur noch vor der Beschwerdekommission verhandelt worden seien. Weiß denn der Herr Omann nicht, was für Beschwerden vor das Forum der Schlichtungskommission gehören, und wie solche Beschwerden aussehen müssen, die die Beschwerdekommission zu beschäftigen haben? — Wir wissen es. Es sei aber offen zugegeben, wenn wir eine schärfere Handhabe, als sie die Schlichtungskommission bietet, hätten, so lehnten wir es höchst ab, mit ihnen Beschlüsse zu fassen, die von vielen ihrer Mitglieder in den Wind gebläst werden. Aber trotzdem lassen wir den Mut nicht sinken, einmal werden wir doch erreichen, was wir erreichen wollen, ob es nun mit Hilfe der ihnen verbauten „Freidenker“ geschieht oder nicht. Kommt aber einig der Kampf, so halten den Weg zum Siege weder die Rükter noch die Schloßmänner auf.

Unsere Forderung wird niets sein: für eine ehrliche Arbeit einen angemessenen Lohn.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Eine gutbesuchte Versammlung der Angestellten des Krankenhauses Am Urban tagte am 7. April im „Märkischen Hof“. Kollege Dittmer referierte über „Tagesfragen“ und ging dabei insbesondere auf die Ursachen der Randalsniederlegung sämtlicher Berliner Arbeiter-Ausschüsse ein. Die Anwesenden folgten mit Aufmerksamkeit den Darlegungen des Referenten. In einer antregenden Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Arbeiter-Ausschuß des „Urban“ schon seit Jahr und Tag außer Funktion sei. Die Anwesenden könnten keine Vertretung in diese nur dem Namen nach vorhandene Mörperschaft erblicken. Als dann wurden eine ganze Reihe von Beispielen aufgeführt, wozu sich verschiedene Kollegen und Kolleginnen äußerten. Insbesondere steht es in der Waschanlage sehr aus mit der Arbeitszeit, die zumeist 2 bis 3 Stunden länger ist, als in den übrigen Abteilungen. Ja, es ist am 3. Feiertag vorgekommen, daß die Mädchen bis gegen 11 Uhr beschäftigt waren. Selbst der Direktor Herr Dieselner soll sich wieder hölt missbilligend ausgesprochen haben über die Arbeitschinderei in der Waschanlage. Trotzdem lädt er die Anordnungen der Schwestern beiziehen, weil sich gegenwärtig keine Änderung befürchten lasse. Es wurde behauptet, daß die maschinellen Einrichtungen für das gestiegerte Quantum kaum ausreichen. Dazu kommt, daß fortgesetzt neue Kräfte angelernt werden müssen, so

dass auch die männlichen Angestellten in diesem Betrieb im wilden Arbeitsbahn tätig sein müssen und ihre liebe Zeit haben. Außerdem fehlt auch die Einigkeit unter den weiblichen Kolleginnen in der Wochstüche. Sie wollen in der Webräth vom Verbande nichts wissen und murren wohl in aller Stille, trauen sich aber nichts zu sagen. So lange dies nicht besser wird, darf es nicht wunder nehmen, wenn ihre Arbeitstrafe ausser außerhalb ausgeübt wird. — Es wurde auch festgestellt, dass Inspektor Käthen es sich noch immer nicht verkneifen kann, bei Urlaubsgesuchen zu fragen: „Wo wollen Sie denn hingehen?“ Wir sind der Meinung, dass diese Ungehörigkeit gar nicht scharf genug zurükgewiesen werden kann und der Director Tieiser, der die Frage angeblich von Herrn Käthen beantwortet haben will, sollte alles tun, um nicht in diesen Verdacht zu geraten, indem er dem vorwiegenden Inspektor ein für allemal solche Fragen untersagt. Zum Schluss wurde noch diskutiert über die ungünstige dreitägige Kündigungsfrist. Nach einer eingehenden Ermahnung des Kollegen Dittmer, für einen engeren Zusammenhalt im Verbande zu sorgen, in der Agitation nicht zu erlahmen und stets die Versammlungen zu besuchen, folgte ein gemütliches Beisammensein.

Berlin. (Anstalt Dalldorf.) In der am 5. April abgehaltenen Versammlung referierte Kollege Lehnen über „Arbeiterorganisationen im Laufe der Zeiten“. Hieraus unterzog Kollege Lehnen die Ablehnung unserer Forderungen sowie die Richtung der Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben einer eingehenden Kritik. Dabei brachte er den Beschluss der allgemeinen Vertrauensmänner sowie der am Tage vorher abgehaltenen großen Protektionssammlung der städtischen Arbeiter zum Ausdruck: die Arbeiterausschüsse zum Niedrigen der Mandate aufzufordern. Die lebhafte Diskussion brachte wieder eine Reihe Rühmende zur Sprache; es wurde allgemein betont, dass nur eine starke Organisation Wandel schaffen kann. Weitere Aufnahmen, in der Hauptsache weibliches Personal, wurden erfreulicherweise auch diesmal wieder gemacht. Die Organisation gewinnt noch bei uns immer mehr an Boden. Den noch fernstehenden rufen wir zu: „Sagt Euch sobald wie möglich auch dem Verbande an; denn nur Einigkeit macht stark.“ Darum darf kein Kollege und keine Kollegin länger zögern. Alle müssen ihren Eintritt in die Organisation vollziehen.

Bud. Am 7. April fand bei Groß eine Versammlung des Personals der städtischen Heilanstalten statt. Kollege Schulz referierte über die Ablehnung der zum Etat 1910 gestellten Wohnanträge durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die damit dokumentierte Nichtbeachtung der generellen Anträge, die durch die Arbeiterausschüsse und die Organisationsleitung eingerichtet waren, gaben Veranlassung, dass die Arbeiterausschüsse ihre Rechte niederlegten. Maßgebend für diesen Beschluss war auch noch die Tatsache, dass die Bestimmungen für die Arbeiterausschüsse eine wirkungsvolle Vertretung der Arbeiterschaft so gut wie unmöglich machen. Alle an die Verwaltungsdeputationen wie auch an den Magistrat gerichteten Wünsche, den notwendigen freiheitlicheren Ausbau vorzunehmen, blieben bislang frömmte Wünsche. Dadurch ist die Einrichtung der Arbeiterausschüsse nur als eine Dekoration genempelt und seitens der Verwaltungen auch nur gebraucht worden. Während nun aber die Mandatenniederlegung von den gesuchten Arbeiterausschüssen vollzogen wurde, ist das von dem der Anstalt Buch nicht zu sagen. Nur drei Kollegen waren sich ihrer Pflicht bewusst, dass sie mit ihrem Amt der Kollegenschaft verantwortlich sind und den Beschlüssen der Kollegen Rechnung tragen müssen. Die anderen Ausschusmitglieder dachten sich erbärunghaft über die Kollegenschaft zu geben. Die Versammlung beschloss darum einstimmig, bei der Direktion wie bei der Deputation Einspruch zu erheben, dass solche Kollegen als Ausschusmitglieder weiter fungieren. Zur Begründung des Einspruches sind noch formalrechtliche Bedenken geltend zu machen, als der bestehende Arbeiterausschuss seine Mandate völlig unberechtigterweise ausübt.

Götting. In unserer Monatsversammlung am 22. März sprach Kollege Sebold über „Die deutsche Sozialgesetzgebung und die Reichsversicherungsordnung“. Den interessantesten Ausführungen entnehmen wir folgendes: Die neue Reichsversicherungsordnung, die vor kurzer Zeit dem Reichstag zugang und statliche Wege füllt, bringt für das arbeitende Volk keine Verbesserung. In der Invaliden- und Altersversicherung ist eine Erhöhung der Beiträge pro Woche um zehn Pfennige vorgesehen. In der Krankenversicherung dagegen tritt die auffallende Erleichterung zutage, dass die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge leisten wollen, bisher bezahlten sie ein Drittel, aus dem leicht erträglichen Grunde, um auch bei den Kassenwahlen die Hälfte der Stimmen zu bekommen und womöglich die Leitung der Kassen den Arbeitern abnehmen zu können. Sie würden dann durch Einführung der gesetzlichen Mindestleistung schon dafür sorgen, dass sie trockene Abholzung der Beiträge nicht mehr als bisher zu zahlen brauchten. Reicher Weißfahl lobte den Redner. Eine Anregung der Kollegen in Göttingen, eine Konferenz der Kreisärzte Bayreuths in Regensburg abzuhalten, wurde zustimmend angenommen, nur wurde der Zeitpunkt für vertrübt angesehen.

und beschlossen, die Sache bis zum Herbit zu verschieben, sich einstweilen mit den Kollegen der verschiedenen Anstalten in Verbindung zu setzen und Material für die Konferenz zu sammeln. Zwei Kollegen unserer Anstalt brachten auch Klagen vor, doch war es der Versammlung nicht möglich, darauf einzugehen. Danach wurde die amregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Gabersee. In Nr. 7 der „Sanitätsw.“ berichteten wir, dass ein Krankenpfleger beim Futterabschneiden (!) verunglückte und ihm von der Maschine drei Finger abgeschossen wurden. Wir knüpften anfängliche Bewertungen über die Art der Verwendung des Pflegerpersonals und über die mangelhafte Beschaffenheit der Maschine. Nun hatte die Anstaltsdirektion in einer Richtung an die „R. P.“ die Dinge anders dargestellt. Dazu wird nun von einem Kollegen geschrieben: Den Pflegern ist absolut nichts bekannt, dass durch eine frühere Verordnung deren Beschäftigung an landwirtschaftlichen Maschinen untersagt worden wäre. Dies geschah vielleicht erst am 16. März, also am Tage nach dem Unglück. Nach § 9 der Dienstanweisung aber unterstehen die Pfleger in seiner diesbezüglichen Wirkung dem Oekonomieverwalter, der als direkter Vorgesetzter anzusehen ist und dessen Anordnungen die Pfleger „bereitwillig“ Folge zu leisten haben. Darum hat es keinen Zweck, den Pflegern durch den Oberpfleger von den Verbot Kenntnis zu geben, sondern hier wäre zunächst mit dem Oekonomieverwalter ein kräftiges Wörtchen zu reden. Es ist eine jederzeit erweisliche Tatsache, dass den Pflegern sehr oft solche Arbeiten übertragen wurden, wie sich auch der verunglückte Pfleger nicht eigenmächtig an der Maschine zu schaffen machte. Letzteres wird ja schon im Hinblick auf die Entfernung des Unfalls völlig geklärt werden müssen. Wenn nun die Direktion behauptet, die Maschine hätte tadellos funktioniert, so mag ihr das vielleicht vom Herrn Verwalter berichtet worden sein. Aber warum wurde dann die Maschine eigentlich repariert? Und warum war es den Pflegern untersagt, den Auslauf zu benützen, da sonst die Zahnräder brechen? Wäre die Maschine tadellos gegangen, dann hätten doch nicht zwei Mann (einer links, einer rechts), beim Futterabschneiden einzelen müssen. Auch ist es Tatsache, dass wiederholt das Futterabschneiden wegen Nichtfunktionierens der Maschine abgebrochen werden musste. Weiter ist der Beweis zu erbringen, dass die Pfleger nicht nur bei der Futterabschneidemaschine beschäftigt wurden. Der Baummeister befahl einem Pfleger sogar das Einlegen in die Drehschiffmaschine. Wenn man nun die Geschichte so zu deichseln versucht, dass vielleicht der Vorgesetzte (Knecht) die Sache angeordnet habe, so kommt das nicht. Aber immerhin würde diese Ausrede nichts nützen, denn der Vorgesetzte ertheilt in Abwesenheit des Baummeisters die Befehle; er beobachtet dafür (laut Etat) auch einen höheren Gehalt als alle anderen Knechte. Würde solchen Befehlen nicht Folge geleistet, so kommt in der Regel das Ende in Gestalt einer Wiedlung und Bestrafung nach. Somit ist die „Richtigstellung“ der Anstaltsdirektion eben keine Richtigstellung, sondern nur eine Beschränkung. Und auf alle Fälle ist es nicht Aufgabe des Pflegers, selbst zu arbeiten, sondern er ist nur dabei, um die Kranken zur Arbeit anzuregen und zu beaufsichtigen.

Woddens. In der am 2. April abgehaltenen Versammlung berichtete Kollege Thomas über die am 30. März in Worms stattgefundenen Konferenz des Barierpersonals der vier hessischen Landesirrenanstalten. Es wird demnächst eine neue Petition an die Regierung gelangen, worin mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage einstweilen eine vorläufige Lohnveränderung verlangt wird. Die Gratifikation soll in Wegfall kommen und eine Lohnstufe eingerichtet werden. Der Referent sprach die Erwartung aus, dass die Regierung bzw. Hammer (Abteilung Gesundheitsamt) ihr Versprechen bald einlösen, da vom Personal auch Entgegenkommen gezeigt wurde. Der Vorstehende erörterte also dann die Tätigkeit der Filiale. Wenn auch noch keine Lohnverbesserungen eingetreten seien, so sind es doch Fortschritte, wenn das Personal die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkannt hat. Das Besteheen muß darauf gerichtet sein, die maßgebenden Stellen von der Notwendigkeit der berechtigten Wünsche des Personals: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Gehälter, Wegfall der Gratifikationslöhne sowie gesonderte Schlaf- und Schulschränke für das bedienstete Pflegerpersonal, zu überzeugen. Anschließend daran stand die Neuwahl eines Revisors und eines 1. und 2. Schriftführers statt. Gewählt wurden die Kollegen Rauter 1., Delp und Koch.



Rundschau. Die Festigung des Kosten- und Logistiksystems und die Umwandlung des Naturallohnes in Vorbereitung. Ein Überbleibsel aus dem Mittelalter, das in allen Handwerksgewerben bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinunter noch Ihsus war, ist der Kosten- und Logistikzwang. Man nannte dieses System früher ein patriarchalisches Verhältnis. Ja, man ging sogar soweit, den Gewerbegehilfen zur Familie zu

rechnen. Doch wie ändern sich die Zeiten! Mittlerweile hat der Warlohn das Feld erobert. Denn nur mehr in ganz rückständigen Gewerben finden wir heutzutage dieses Verhältnis vor. Und wahrlich, die Gewerbe, in welchen diese Bevormundung verschwunden ist, haben sich nicht rückwärts, sondern vorwärts entwidelt. Tropfstein hat sich fortgesetzt besonders in den Kranken- und Heilstätten sowie im Badefach das Rost- und Logiswesen neue Gebiete erobert. Angeblich soll dies im Interesse des Anstaltsbetriebes liegen. Es ist aber gar nicht einzusehen, warum nicht auch hier eine Aenderung vollzogen werden kann. Zum mindesten ließe sich selbst bei geschlossenen Anstalten ein allmäßlicher Übergang erzielen, der beiden Teilen (Anstalt wie Angestellten) zugute käme. Nicht nur vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus sollte Interesse für Abschaffung des Rost- und Logiswanges vorhanden sein, auch Haushüterliche Rechte werden den betreffenden Arbeitern geraubt. Ein solcher Arbeiter kann sich eben niemals das Bürgerrecht erwerben, da er nicht als selbstständig angesehen wird. Außerdem raubt man solchen Arbeitern ebenfalls das Familienleben, das gerade von der heutigen Gesellschaft so hoch eingeschätzt wird; denn es ist geradezu eine Unmöglichkeit, daß ein solcher Angestellter sich eine Familie gründen kann. Nur junge, ledige Leute will man haben, denn ältere Gehilfen sind nicht mehr so anprudlos in Bezug auf Rost und Logis. Was in jütlicher Beziehung das Logiswesen mit sich bringt, davon könnte der Fabrik- und Gewerbeinspektor ein Fazit ziehen. In seinem Jahresbericht müsste er zugeben, daß er des öfteren gezwungen war, einzuschreiten.

Aus der Praxis.

Die Behandlung der Paralyse mit Arsen-Präparaten. Nach dem neuesten Stande der medizinischen Wissenschaft gilt die Abhängigkeit der Mehrzahl der Fälle von Paralyse (Gehirnerweichung) von der Syphilis für erwiesen. Mit dieser Erkenntnis eröffnet sich dem Psychiater eine verheißungsvolle Perspektive für eine wirkliche vorbeugende Bekämpfung und vielleicht auch für eine nicht ganz aussichtslose Behandlung dieser im allgemeinen als unheilbar betrachteten Gehirnerkrankung. Professor Alt, der bekannte Leiter der Landes-Heil- und Pflege-Anstalt in Lichtenrade, hat schon vor einigen Monaten über günstige Erfahrungen berichtet, die er bei Paralytikern mit dem von Professor Ehrlich in Frankfurt dargestellten Arsenophenylglykalin gemacht hat. Mehr als bisher müssen auch die Heil- und Pflege-Anstalten für Geisteskranken mit Laboratorien und wissenschaftlichen Ausstattungen versehen werden, um die vielen Probleme, die noch nach dieser Richtung der Bearbeitung barren, zum Segen der Patienten zu lösen.

Familie Berlin. Angeklagte der Privat-Badeanstalten.

Monats-Versammlung am Sonntag, den 17. April, abends 7 Uhr, pünktlich, in den "Dramaturger Saal", Chausseestraße 16. Tagessordnung: Stempelung der Kontrollkarten. Vortrag des Stadtverordneten Adolf Ritter über "Soziale Kämpfe der Gegenwart".

Unterrichts-Kursus in Heil- und Berauhung. Erster Vortrag der Frau Sieger-Nornfeld am Montag, den 18. April, abends 9½ Uhr pünktlich, Leipziger Straße 38, v. H. Karl Dettloff, Obmann.

Arbeiter-Samariterbund.

1. Bundesstag.

Nun ist der 1. Bundesstag vorüber! Tüchtige Arbeit — frohe Stunden. Das war die Signatur dieser vier Tage. Es ist gute Arbeit geleistet worden, zum ferneren Wohle des Bundes. Kurz sächliche Diskussionen, wie man es leider selten gewohnt ist. Fast sämtliche Anträge wurden einstimmig angenommen. Die Kolonnen können auf alle Fälle mit ihren Delegierten zufrieden sein.

An dieser Stelle darf nicht vergessen werden, den Dresdener Genossen und besonders dem Volksomitee für die erwiesene Gastfreundschaft und für die Arrangierung der Ausstellung unserer Dame auszusprechen. Die letztere war sehr gut, zu Seiten sogar außerordentlich gut besucht. Sie war sehr zweckmäßig arrangiert. Die Dresdener Genossen haben sich die größte Mühe, den Besuchern alles zu erklären. Einige von ihnen besaßen darin eine außerordentliche Virtuosität, um die man sie beneiden könnte. Jedenfalls war die Ausstellung für die Dresdener Kolonne eine gute Agitation.

Der Bundesstag wurde, nach einer einleitenden Begrüßung des Gen. Ulrich - Dresden, durch den Vorstehenden eröffnet. Die vom Vorstande festgesetzte Tagessordnung wurde angenommen. Die ausgewählte Präsenzlinie ergab die Anwesenheit folgender Genossen: Vom Vorstande: Stein-Granemir und Krause-Berlin, vom Ausschuß: Richter-Dresden, von den Revisoren: Hellmuth-Berlin, Deleke und Heinlein-Dresden, Süß-Reichen, Brauer und Voigt-Hamburg, Brodel-Nürnberg, Tischmann-Bremen, Neu-Köln, Richter-Eibau, Strut-Wagdeburg, Lohse-Chemnitz. Den Bericht für Spandau gab Hellmuth-Berlin. Als Gäste waren anwesend: Gewerkschafts- und Pressevertreter: Gen. Wenzel-Chemnitz. Zeitweise waren auch viele Mitglieder der Dresdener Kolonne anwesend. Außerdem hatten wir auch das Vergnügung, den leitenden Arzt der Dresdener Kolonne, Herrn Dr. Kretschmann, an zwei Tagen unter uns zu haben. Zur Leitung des Bundesstages wurde Richter-Dresden mit herangezogen.

Am Vormittags- und Nachubericht wurde wenig traktiert, und man war allgemein mit den Arbeiten des Bundesvorstandes einverstanden. Es folgten dann die Situationsberichte der einzelnen Kolonnen. Da das Protokoll des Bundesstages als Proschrift herausgegeben wird, so soll hier nur das Wichtigste hervorgehoben werden.

Von Berlin berichtet Hadelbusch über die Beteiligung der Kolonne an den Demonstrationen. Der Dresdener Kolonne hat die Wohlrechtspolizei das Tragen des roten Kreuzes an den Hüten verboten, und zwar auf eine Beschwerde des Landesvereins vom Roten Kreuz. Süß-Reichen kann von einer regen Tätigkeit der Kolonne seit der letzten Wohlrechtsbewegung erzählen. In 769 Fällen wurde Hilfe geleistet. Breuer-Hamburg erläutert die Unterstützung der Hamburger Arbeiter an. Die Cristantensäfe gibt der Kolonne eine Rückgründung für verbrauchtes Material. Neu-Köln betont die leitende Arzt Herr Dr. Oppenheimer von seinen Kollegen als Streitbrecher betrachtet wird. Strut-Wagdeburg berichtet, daß die Kolonne seit der letzten Wohlrechtsbewegung großes Entgegenkommen gefunden hat, mit Ausnahme des Polizeipräsidiums. Diesen Schmerz wird man zu ertragen wissen. Einiges Blöd hat die Kolonne Eibau, wie Richter berichtet. Die Stadtverwaltung hat 100 M. zur Anschaffung von Materialien zur Verfügung gestellt. Man glaubt, daß dies nur die erste Rate sein soll. Pieschmann-Bremen berichtet, daß das Stadtkommando und Roten Kreuz in tretem Verein gegen die Kolonne arbeiten. Dem unterrichtenden Arzt wurde vertreten, der sozialdemokratischen Kolonne Unterricht zu erteilen und das Gewerkschaftsbau zu betreten. Das Rote Kreuz hat die Kolonne als sozialdemokratische Gründung denunziert. Dasselbe hätte es sich zur Aufgabe gestellt, nur Sozialdemokraten die erste Hilfe zu leisten. Lohse-Chemnitz kann auch erfreuliches berichten. Die Gründung der Kolonne ist dort erfolgt. Das Kartell stellte derzeit 300 M. zur Verfügung. Von großem Interesse in der Bericht von Brodel-Nürnberg über die Schwierigkeiten, welche ihnen bei Gründung der Kolonne seitens der Partei- und Gewerkschaftsführer gemacht wurden. Dort besteht eine bürgerliche Kolonne, welche zu Neunzehn aus Arbeitern besteht. Diese wird von Partei und Gewerkschaft mit je 100 M. unterstützt. Der Gründung der Arbeiter-Samariter-Kolonne wurde von der Partei und den Gewerkschaften und dem Parteiorgan entgegengearbeitet. Anträge auf Unterstützung der Kolonne wurden niedergejähmt oder auf den St. Klemmerleinweg verlegt. Diese Ausführungen riefen auf dem Bundesstag lebhafte Entrüstungsausdrücke gegen die Nürnberger Partei- und Gewerkschaftsleitung hervor. Es wurde einstimmig beschlossen, beim Parteivorstand sowie auch bei der Generalversammlung Befreiungswert in noch, daß bei einem späteren Arbeitertag zu Plüingten beide Kolonnen vertreten sein sollen. Die bürgerliche Kolonne begleitet den Zeitzug (1 Tag). Der Bundesstag gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß ein Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Kolonnen ausgeschlossen sein muß. Wie die Dinge in Nürnberg aber liegen, soll man die Sache nun so gehen lassen, damit die Arbeiter-Samariter dort einmal festen Fuß fassen. Zugesagt wird aber, die Kolonne erhält diese Tage in weitausreichendem Maße zu unterstützen und ihnen eventuell eine Anzahl Täschchen zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsteher berichtet dann noch, soweit Berichte vorliegen, über die Kolonnen, welche aus finanziellen Rücksichten keinen Delegierten enthalten. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter-Samariter dort hinzugehen haben, wo sie gebraucht werden. Sie müssen der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Ausgeschlossen sind nur solche Veranstaltungen, bei denen der Nationalismus zum Ausdruck gebracht wird.

Es wird dann zur Beratung der Anträge übergegangen.
(Fortschreibung folgt.)